**Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Der Minister

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An alle Kommunen in
Nordrhein-Westfalen
über die Bezirksregierungen

31. August 2012

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
VII A 1 –31-19/8 (2015)

Telefon 0211 3843-3206

Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 Teil Straße
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Rahmen der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung steht die Bewertung der Projekte an. Das Bundesministerium erwartet für das nächste Jahr von den Ländern entsprechende Meldungen von Vorhaben des Bundesfernstraßenbaus.
Um alle Maßnahmen zu erfassen, die in den Regionen des Landes in der Diskussion sind, habe ich die Bezirksregierungen gebeten, bei den Kommunen abzufragen, welche Projekte sie bei der Neuaufstellung des BVWP als überprüfenswürdig ansehen.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-9110
poststelle@mbwsv.nrw.de
www.mbwsv.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Bund angekündigt hat, seine Investitionen in den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen massiv zurückzufahren. Dies wird dazu führen, dass auch mit einem hohen Nutzen-/Kostenfakor bewertete Vorhaben im weiteren Bedarf eingestuft werden. Das bedeutet, dass eine solche Maßnahme erst nach der Aufstellung des nächsten Bedarfplanes wieder höher gestuft werden kann und wir alle bis zu diesem Zeitpunkt nicht wissen ob und wann das Vorhaben realisiert werden kann. Dies führt dazu, dass auf viele Jahre alle anderen Planungsvorhaben in diesem Bereich behindert sind.

Ich bitte Sie, den Bezirksregierungen alle Vorhaben zu benennen, die aus Ihrer Sicht im Rahmen der Untersuchungen betrachtet werden sollten. Es können sowohl neue als auch bereits im aktuellen Bedarfsplan ausgewiesene Maßnahmen benannt werden. Der nächste Schritt wird sein, dass die Bezirksregierungen gem. § 9 Landesplanungsgesetz das Votum des zuständigen Regionalrates einholen. Danach wird die abschließende Entscheidung zum Vorschlag des Landes getroffen.

Mit Ihrer Unterstützung und den notwendigen Angaben, die teilweise nur von Ihren Fachbehörden gegeben werden können, werden wir alle gemeinsam die Basis für eine möglichst gründliche Untersuchung und umfassende fachliche Bewertung aller Vorhaben schaffen, die in unserem Land in den Regionen als notwendig angesehen werden. Der Kabinettbeschluss des Bundes zur Aufstellung des BVWP ist bisher für 2015 vorsehen. Dieser wird als Referentenentwurf Grundlage des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen, der dann auf Landesebene voraussichtlich in 2015 Basis für eine umfassende Diskussion der Vorhaben mit einer entsprechenden Regionalratsbefassung sein wird.

Anschließend ist dann vom Bundesgesetzgeber, d.h. mit einer Beteiligung der Länder im Bundesrat, die Aufstellung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen vorgesehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung

Mit freundlichen Grüßen

Michael Groschek